

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.571.195

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3284/J-NR/2020

Wien, am 4. November 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Julia Herr, Kolleginnen und Kollegen haben am 4. September 2020 unter der Nr. **3284/J-NR/2020** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Ministeriumsinterne Maßnahmen für den Klimaschutz“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2, 6 und 9:

- 1. Welche konkreten Klimaschutzmaßnahmen haben Sie seit Angelobung der Regierung am 7. Jänner 2020 ergriffen, um die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?
 - a. Welcher Betrag (in Euro) wurde dafür investiert?
 - b. Wie viele Tonnen CO₂ wurden durch diese Maßnahmen im Zeitraum zwischen Angelobung der Regierung und dem Zeitpunkt Ihrer Anfragebeantwortung eingespart?
- 2. Welche Klimaschutzmaßnahmen planen Sie bis zum Jahresende zu ergreifen, um die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu

100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?

- a. Welcher Betrag (in Euro) soll dafür investiert werden?*
- b. Wie viele Tonnen CO₂ sollen dadurch eingespart werden?*
- *6. Haben Sie Pläne oder Konzepte, wie Sie innerhalb Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) bis 2040 Klimaneutralität erreichen können?*
 - a. Wenn ja, wie sehen diese aus?*
 - b. Wenn nein, haben Sie die Ausarbeitung solcher Pläne oder Konzepte eingeleitet?*
- *9. Das Regierungsprogramm nennt das Ziel von 100% Umweltzeichen-zertifiziertem Ökostrom ab 2021. Wie viel Prozent des Strombedarfs Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) werden aktuell durch Umweltzeichen-zertifizierten Ökostrom gedeckt?*
 - a. Wie planen Sie die Erreichung von 100% bis 2021?*

Ich verweise zunächst grundsätzlich auf die Beantwortung der einschlägigen Voranfrage Nr. 3445/J-NR/2019 betr. Maßnahmen zur CO₂-Reduktion im BMVRDJ durch meinen Amtsvorgänger Prof. Dr. Jabloner vom Juni 2019.

Wie daraus ersichtlich, ist das Justizressort schon seit Jahren und auch fortlaufend bemüht, effektive Maßnahmen zum Klimaschutz an den nachgeordneten Dienststellen zu implementieren. Auszugsweise darf neben den bereits in der Anfrage genannten PV-Anlagen etwa auf Neubeschaffungen von Plug-In-Hybrid-Fahrzeugen mittels Leasingverträgen im Zuge des Fuhrparkmanagements sowie Maßnahmen zur Betriebsoptimierung der Gerichtsgebäude bzw. Justizanstalten und Energieeinsparungsverträge (Qualitätssicherung und Optimierung der vorhandenen Energie- und Haustechnikanlagen zur Energiekostenreduktion) verwiesen werden. Die für Gerichte und Staatsanwaltschaften genutzten Gebäude befinden sich allerdings nicht im Eigentum des Bundesministeriums für Justiz, sondern werden insbesondere von der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. angemietet, weshalb dem Ressort keine konkreten Investitionskosten bspw. zur Reduktion der CO₂-Emission bekannt sind. Im Berichtszeitraum fielen für letzteren Bereich keine bereits bekannten, das Ressortbudget belastenden, nennenswerten gesonderten Kosten an. Ebenso wenig kann die konkrete CO₂-Einsparung beziffert und aufgeschlüsselt werden, da diesbezüglich ho. keine Aufzeichnungen geführt werden.

Im Bereich der Bau- und Liegenschaftsverwaltung im Strafvollzug werden weiterhin Energieeinsparcontracting (Qualitätssicherung und Optimierung der vorhandenen Energie- und Haustechnikanlagen zur Energie- und Energiekostenreduktion) sowie auch Maßnahmen zu Betriebsoptimierungen der Justizanstalten, welche zu 100% im Eigentum des Bundes stehen, angestrebt und vorgenommen.

Aktuell befindet sich in der Justizanstalt Stein die Flachdachsanierung der Buchbinderei, die einen erhöhten Wärmeschutz vorsieht, in Umsetzung. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 94.000,- Euro brutto.

Darüber hinaus sind aktuell folgende Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen in Österreichs Justizanstalten geplant:

- Die Erneuerung der Fenster im Hafttrakt der Justizanstalt Wien-Mittersteig im Rahmen der anstehenden Sanierungsmaßnahmen;
- Die Erneuerung der Fenster, ein Wärmeschutz an der Fassade sowie die Dämmung der obersten Geschoßdecke im Rahmen der anstehenden Generalsanierung und Funktionsadaptierung des Zellentraktes 1 der Justizanstalt Graz-Karlau;
- Die Vorbereitung von Ausschreibungen zwei neuer Pools für Energieeinsparcontracting für den Strafvollzug.

Konkrete diesbezügliche Investitionskosten können, abgesehen von der angeführten Dachsanierung in der Justizanstalt Stein, nicht bekannt gegeben werden, da diese in den Gesamtkosten der jeweiligen Sanierungsmaßnahmen enthalten sind. Investitionen für die angeführten und geplanten Energieeinsparcontracting fallen bis zum Jahresende nicht an.

In der Zentralstelle des Bundesministeriums für Justiz (BMJ) wurden zur Reduktion des Energieverbrauchs in den letzten Jahren sämtliche Verkehrs- wie auch der Großteil der Büroflächen auf LED-Beleuchtung umgestellt. Zudem wird elektrische Energie ausschließlich aus nachhaltigen Quellen und von nachhaltigen Anbietern bezogen („Ökostrom“). Durch hausinterne Maßnahmen der Abfalltrennung, der Abfallvermeidung und des Recyclings konnte des Weiteren eine spürbare Verringerung bei der Müllentsorgung und somit eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes bewirkt werden. Dies gilt sowohl für den Arbeitsalltag als auch für die in den Festsälen der Zentralstelle

durchgeführten Veranstaltungen. Bei diesen wird besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der Kriterien für Green Meetings gelegt, das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf nachhaltiger und biologischer Landwirtschaft und Produktion der Lebensmittel sowie sozialer Aspekte der Zulieferbetriebe.

Im Rahmen der Optimierung der vorhandenen Haustechnikanlagen ist derzeit beispielsweise die Verwendung der Abwärme des Serverraumes für Heizzwecke und Warmwassergewinnung in der Übergangszeit in Planung, die Kosten dafür werden sich voraussichtlich auf rund 50.000 Euro belaufen. Die Verwendung der Abwärme könnte - unter der Annahme, dass die durch den Serverraum produzierte Abwärme über das ganze Jahr hindurch konstant unter gleicher Last anfällt und diese in der Folge konstant über das Jahr verbraucht wird - pro Jahr maximal rund 5 Tonnen CO₂ einsparen.

Auch ist geplant, dass in den nachgeordneten Dienststellen erfolgreich praktizierte Energieeinsparcontracting in der Zentralstelle des BMJ zu implementieren.

Für den Fuhrpark in der Zentralstelle des BMJ sind in Zukunft Fahrzeuge mit alternativen Antriebssystemen (beispielsweise Plug-In-Hybrid- oder Elektrofahrzeuge) vorgesehen, die jeweils geleast werden (siehe auch zu Frage 11). Zuletzt wurde ein Elektrofahrzeug geleast. Eine grundsätzliche Einsparung von CO₂-Mengen kann nicht ermittelt werden, weil diese eine äußerst komplexe und von zahlreichen (nicht bekannten) Komponenten abhängige Berechnung erfordern würde. Als Beispiel für CO₂-Einsparungen kann das aktuelle Hybridfahrzeug (Ministerwagen) angeführt werden, dass seit Ende 2019 in Betrieb ist. Hierbei wurden im Vergleich zum Vorgängerfahrzeug (Dieselkraftfahrzeug) ca. 0,8 Tonnen CO₂ eingespart.

Zu den Fragen 3 bis 5:

- *3. Erfassen Sie die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen?*
 - a. *Wenn ja, wie hoch sind diese aktuell für das Jahr 2020? Falls Daten für das heurige Jahr nicht verfügbar sind, bitte um Angabe der aktuellsten Daten.*
 - b. *Wenn nein, planen Sie eine solche Erfassung einzuführen?*
 - c. *Wenn nein, gibt es eine Schätzung?*
- *4. Für wie groß halten Sie das Einsparungspotenzial für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallende CO₂-Emissionen bis zum planmäßigen Ende der aktuellen Legislaturperiode? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)*

- *5. Für wie groß halten Sie das Einsparungspotenzial für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallende CO₂-Emissionen bis 2030? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)*

Aus der Energiestatistik des Bundes 2018 ergibt sich für die Dienststellen (Justizanstalten), welche zu 100% im Eigentum des Bundes stehen und vom BMJ genutzt werden, eine Gesamtemission (Beheizung und Elektrifizierung) von 13.712,5 Tonnen CO₂ für das Jahr 2018. Darüber hinaus verweise ich auf die Beantwortung der gleichlautenden Anfrage durch die Frau Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität und Technologie.

Zur Frage 7:

- *Das Regierungsprogramm nennt das Ziel einer Sanierungsquote von 3%. Wie hoch ist aktuell die Sanierungsquote in den von Ihrem Ministerium genutzten Gebäuden?*

Die vom BMJ genutzten Gebäude stehen im Eigentum der Burghauptmannschaft Österreich bzw. privater Vermieter. Die Sanierungsquote ist nur den Eigentümern bzw. Vermietern bekannt.

Zur Frage 8:

- *Das Regierungsprogramm nennt für Neubauten das Ziel von Niedrigstenergiehaus-Standards und verpflichtenden PV-Anlagen. Sind in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) aktuell Neubauten in Bau, Planung oder Anbahnung?*
 - a. *Wenn ja, welchen Energiestandards unterliegen diese Neubauten? (mit Bitte um Auflistung aller Neubauprojekte, deren aktuelle Bauphase und der jeweiligen Energiestandards)*
 - b. *Wenn ja, wie viele kWh Strom sollen die in diesen Neubauten vorgesehenen PV-Anlagen pro Jahr erzeugen?*

Die Reduktion des Energieverbrauchs und des Emittierens von CO₂ hat bei der Planung von Neubauten im Rahmen der zu erfüllenden Anforderungen der Justizgebäude höchste Priorität. Der Neubau eines Besucherzentrums inkl. Torwache und eines Arbeitsbetriebes in der Justizanstalt Sonnberg befindet sich am Beginn der Planungsphase, weshalb hiezu noch keine detaillierten Angaben betreffend Energiestandard und Stromerzeugung getätigt werden können.

In Bau befindet sich aktuell ein Neubau im Rahmen einer Erweiterung der Justizanstalt Asten, welcher entsprechend den zum Zeitpunkt der Einreichung der diesbezüglichen Pläne im Jahr 2019 geltenden Energieeffizienzwerten der OIB Richtlinie 2019 geplant wurde. Der Standard der "Niedrigstenergiegebäude" war zum Zeitpunkt der Planung noch nicht festgelegt. Die Errichtung einer PV-Anlage ist derzeit noch in Abklärung. Ich verweise ergänzend auf folgende Tabellen:

Die Energieausweise wurden, datiert mit 9.7.2019, erstellt.

Die Ergebnisse für den Standort Asten sind – getrennt nach Wohn- und Bürotrakt:

Energieeffizienzwerte	HWB _{SK}	f _{GEE}
Wohntrakt	62	0,77
Bürotrakt	31	0,72

In der 9-teiligen Energieeffizienzklassenskala bedeutet dies

Energieeffizienzklasse	HWB _{Ref,SK}	f _{GEE}
Wohntrakt	B	A
Bürotrakt	B	A

Zur Frage 10:

- *Das Regierungsprogramm nennt als Ziel die Mindestanforderungen der Umweltzeichenkriterien für Green Events sowie Green Meetings für Veranstaltungen. Hält Ihr Ministerium diese Mindestanforderungen bereits ein?*
a. *Wenn nein, wie planen Sie diese Mindestanforderungen zu erreichen?*

Die Mindestanforderungen für Green Events und Green Meetings werden im Bundesministerium für Justiz erfüllt.

Zur Frage 11:

- *Das Regierungsprogramm nennt den öffentlichen Fuhrpark als Vorbild für alternative Antriebstechnologien. 2022 sollen diese bei Neuanschaffungen der öffentlichen Hand Standard sein. Wie hoch liegt der Anteil alternativer Antriebstechnologien im aktuellen Fuhrpark Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen)?*
a. *Wie planen Sie diesen zu erhöhen?*

Die Zentralstelle des BMJ verfügt derzeit über zehn Fahrzeuge umfassenden Fuhrpark, welcher insbesondere der Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug

freiheitsentziehender Maßnahmen (mit Einsatzfahrzeugen der Justizwache) zur Verfügung steht.

Ein Fahrzeug ist als Mischantrieb (Plug-In-Hybrid) und eines als elektrisches Fahrzeug ausgeführt. Neue Fahrzeuge werden mit Mischantrieb (Plug-In-Hybrid) ausgestattet sein.

Die Einsatzfahrzeuge des Fuhrparks der Justizanstalten sind vom Nationalen Aktionsplan für nachhaltige öffentliche Beschaffung ausgenommen, da sich elektrisch betriebene Einsatzfahrzeuge bislang als noch nicht einsatztauglich erwiesen haben. Die technischen Entwicklungen werden jedoch genau beobachtet.

Zur Frage 12:

- *Das Regierungsprogramm betont die Wichtigkeit von Anschluss- bzw. Lademöglichkeiten für batterieelektrische Fahrzeuge in Gebäuden. Wie hoch ist der Anteil an Gebäuden in ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen), die bereits über Anschluss- bzw. Lademöglichkeiten für batterieelektrische Fahrzeuge verfügen?
a. Wie planen Sie diesen zu erhöhen?*

Im Bereich der Zentralstelle des Bundesministeriums für Justiz bestehen Lademöglichkeiten für Elektro- und Plug-In Hybrid-Fahrzeuge.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

